



Statement
von Weihbischof Dr. Dr. Anton Losinger (Augsburg),
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sozialpolitik
der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen
der Deutschen Bischofskonferenz,
zur Vorstellung des Dokuments
„Zusammenhalt durch Reformen sichern. Impulse für einen gerechten
und verlässlichen Sozialstaat“
in der Bundespressekonferenz am 11. Dezember 2025 in Berlin

Das Stichwort der gerechten Lastenverteilung greife ich gerne auf. Der katholische Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning hat Solidarität und Subsidiarität als „Baugesetze der Gesellschaft“ bezeichnet. Dieser Geist trägt unsere Soziale Marktwirtschaft bis heute. Denn jede und jeder Einzelne muss einen Beitrag zum Wohl der Gemeinschaft leisten, in dem Maße, in dem sie oder er das vermag. Die Gemeinschaft wiederum übernimmt jene Aufgaben, die die einzelne Person nicht mehr leisten kann, und fängt die Einzelperson in der Not auf.

Die Sozialversicherungssysteme sind Ausdruck dieser Idee. Man könnte sagen, sie sind institutionalisierte Solidarität: Damit sich der Mensch persönlich und wirtschaftlich frei entfalten kann, besteht eine solidarische Absicherung gegen die Grundrisiken des Lebens. Das zeigt sich exemplarisch am Umlageverfahren der Rentenversicherung. Die Generation der heute Erwerbstätigen zahlt die Beiträge der heutigen Rentnerinnen und Rentner – in dem Wissen, dass diese zuvor ebenfalls ihre Beiträge geleistet haben und dass nachfolgende Generationen es genauso tun werden. Das ist Generationengerechtigkeit im besten Sinne.

Die Generationengerechtigkeit ist mittlerweile aber gefährdet. Die Beitragssätze für die junge Generation steigen durch den demografischen Wandel immer stärker an. Professor Martin Werding wird das gleich noch näher erläutern. Wichtig ist mir an dieser Stelle, dass priorisiert werden muss: Finanzielle Mittel sind endlich und der Staat hat zahlreiche Aufgaben. Die öffentliche Infrastruktur und ein chancengerechtes Bildungssystem müssen genauso finanziert werden wie die Bewältigung des Klimawandels und die Verteidigung von Frieden und

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Dr. Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
x.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz
instagram.com/bischofskonferenz

Freiheit. Deswegen muss auch in der Sozialpolitik priorisiert werden. Klar ist, dass der Sozialstaat eine Erfolgsgeschichte ist. Er muss unbedingt finanziell abgesichert bleiben. Aber alle Reformen, die neue Steuern oder Beiträge erfordern würden, müssen streng geprüft und bestenfalls vermieden werden.

Die Kirche versteht sich als Anwältin der Schwachen. Daher fordern wir dazu auf, sozialpolitische Maßnahmen stets daraufhin zu prüfen, ob sie Armut verringern oder gar verhindern. Die Absicherung gegen die Grundrisiken des Lebens gilt natürlich nicht nur für arme Menschen. Aber besonders Menschen in Armut oder im Niedriglohnsektor müssen gezielt unterstützt werden. Das bedeutet: weniger Gießkanne, mehr Zielgenauigkeit.

Werden entsprechende Reformen gut erklärt, fördern sie die Akzeptanz für das System. Denn ein solidarisches System zur Sicherung gegen die Grundrisiken des Lebens kommt uns allen zugute. Es muss das Bewusstsein gestärkt werden, dass wir alle davon profitieren, wenn wir unseren Beitrag leisten. Ein so großer und historisch gewachsener Komplex wie die Sozialversicherungen in Deutschland benötigt hin und wieder Reformen. Das ist aber nichts per se Schlechtes. Im Gegenteil: Ein gerechter und verlässlicher Sozialstaat kann verbinden. Ein gerechter und verlässlicher Sozialstaat hält eine Gesellschaft zusammen. Dafür braucht es jetzt mutige Reformen. So darf angesichts des demografischen Wandels etwa ein höheres Renteneintrittsalter kein Tabu sein. Das ist eine von mehreren Reformen, für die unser Impulspapier wirbt.

Ich danke den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für sozialpolitische Fragen sehr herzlich für die Erarbeitung dieses konzisen Impulspapiers im Auftrag der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz. Professor Martin Werding begleitet uns als Experte stellvertretend für die Mitglieder der Arbeitsgruppe.